

Hildesheim soll leiser werden

150-Punkte-Papier für weniger Verkehrslärm / Mehrheit und CDU streiten im Rat über Prozedere

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Die Stadt will ihre Einwohner besser vor Verkehrslärm schützen: Der Rat hat einen Aktionsplan mit rund 150 Maßnahmen verabschiedet, die nach und nach umgesetzt werden sollen. Der Katalog sieht unter anderem neue Überwege für Fußgänger, bessere und mehr Radwege, zahlreiche Tempolimits sowie den Rückbau etlicher Straßen vor. Die rotgrüne Mehrheit versteht den Plan als Leitlinie, sie will alle kostenträchtigen Eingriffe von der Finanzlage abhängig machen. Die CDU/FDP-Gruppe schenkt diesen Beteuerungen keinen Glauben. Ihre Vertreter forderten, über jeden Punkt zur gegebenen Zeit einzeln mit den Anwohnern zu entscheiden. Ein Kompromissvorschlag der Unabhängigen scheiterte an Formulierungsfragen.

Derzeit müssen 7500 Hildesheimer jeden Tag und jede Nacht einen Lärm ertragen, den die Europäische Union für gesundheitsgefährdend hält. Betroffen sind vor allem Menschen, die an Einfallstraßen wie der Kaiserstraße, Schützenallee, Kardinal-Bertram-Straße, Alfelder Straße und Marienburger Straße leben. Aber auch dort, wo die Häuser besonders dicht an der Fahrbahn stehen wie in der Wall- und der Jakobstraße, ist der Autokrach zu laut.

Die Stadt will ihn zumindest dämpfen: Wie – darüber haben Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter mit ADAC, ADFC, Polizei, Handwerkskammer, Stadtverkehr in etlichen Sitzungen geprübelt. Ein Verkehrsplaner begleitete den Prozess, in den sich auch die Bürger einbringen konnten. Herausgekommen ist ein mehr als 100 Seiten langer Bericht mit knapp 150 Ideen. „Da stehen viele richtige Punkte drin“, lobte CDU-Politikerin Eva Möllring nun im Rat. Und lehnte es gleichwohl im Namen ihrer Fraktion ab, den Aktionsplan als Ganzes zu beschließen. Nicht etwa, weil die Christdemokraten den Lärm nicht mindern wollten. „Aber wir würden einen Persilschein für ein Millionen-Paket ausstel-



In der Kaiserstraße soll nachts Tempo 30 gelten, wie auf Schützenwiese, Alfelder, Marienburger und Bismarckstraße.

Foto: Gossmann

len.“ Eine Sorge, die auf rotgrüner Seite mehrere Sprecher zurückwiesen – zumal der Beschluss auf Druck der CDU unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt wurde. „So viel Haushaltsdisziplin können Sie uns schon zubilligen“, ärgerte sich SPD-Fraktionschefin Corinna Finke. Im Übrigen wolle sich die Stadt die Sache sehr wohl Geld kosten lassen, betonte Grünen-Chef Ulrich Rübiger. „Es geht um die Lebensqualität.“

Hildesheim sei aber rechtlich gar nicht verpflichtet, einen Aktionsplan

aufzustellen, hielt CDU-Vertreter Jürgen Köhn der Mehrheitsgruppe vor: Die EU-Vorgabe gelte nur für Städte über 100 000 Einwohner, dazu zähle Hildesheim nicht. „Das sieht das Land anders“, widersprach Baudezernent Kay Brummer. In einem anderen Punkt liegt die Stadt mit dem Verkehrsministerium über Kreuz: Das möchte auf Straßen, die aus bestimmten Töpfen gefördert sind, kein Tempo 30 gestatten. Doch genau darauf will die Stadt bei vielen Fahrbahnen setzen – wenn klar ist, dass sie für bereits

geförderte Straßen kein Geld zurückzahlen muss oder für neue Umbauten welches bekommt. Tempolimits haben den Vorteil, dass sie den Lärm mindern, aber billiger zu haben sind als Umbauten. Trotz dieses Fragezeichens blieben die Fronten verhärtet, die Forderung der CDU nach Einzelfallprüfungen prallte im rotgrünen Lager ab. Das sieht in dem Plan einen roten Faden, wie man sich die Stadt vorstelle, erklärte Thomas Kittel von den Grünen. „Das heißt aber nicht, dass wir alles umsetzen müssen.“